



► Nr. VO/2013/01017  
öffentlich

Lübeck, 29.10.2013

## Vorlage

**Bereiche:**  
3.700 - Entsorgungsbetriebe Lübeck

**Bearbeitung:** Frank Wöstmann (E-Mail: frank.woestmann@ebhl.de Telefon: 70760-211)

## Jahresabschluss der Entsorgungsbetriebe für das Jahr 2012

### Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
04.11.2013	Senat	Nichtöffentlich	zur Senatsberatung
14.11.2013	Werkausschuss EBL	Öffentlich	zur Vorberatung
26.11.2013	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Vorberatung
28.11.2013	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	zur Entscheidung

### **Beschlussvorschlag:**

Der Jahresabschluss 2012 der Entsorgungsbetriebe Lübeck wird

mit einer Bilanzsumme zum 31.12.2012 von	EUR	458.220.678,62
mit einer Summe der Erträge von	EUR	84.989.339,20
mit einer Summe der Aufwendungen von	EUR	87.196.885,04
und einem Jahresfehlbetrag von	EUR	-2.207.545,84

festgestellt.

Der Jahresfehlbetrag in Höhe von EUR -2.207.545,84 wird auf neue Rechnung vorgetragen.

### **Verfahren:**

Beteiligte Bereiche/Projektgruppen:

Ergebnis:

1.203 – Beteiligungscontrolling  
Kenntnisnahme  
1.201 – Haushalt und Steuerung  
Kenntnisnahme  
3.030 – Fachbereichscontrolling  
Kenntnisnahme

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen  
gem. § 47 f GO ist erfolgt:

Ja  
 Nein

Begründung:

Die Maßnahme ist:

neu  
 freiwillig  
 vorgeschrieben gem.  
Eingetriebsverordnung (EigVO)

Finanzielle Auswirkungen:

Keine

**Begründung:**

Siehe Anlage einschließlich Dokumentation des Jahresabschlusses 2012.

**Rechtliche Grundlage**

Die Entsorgungsbetriebe Lübeck (EBL) sind nach der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein (GO) eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung. Das Unternehmen wird nach den Vorschriften der Landesverordnung über die Eigenbetriebe der Gemeinden (Eigenbetriebsverordnung, EigVO) geführt.

Der Jahresabschluss wurde daher unter Beachtung der Ansatz-, Gliederungs- und Bewertungsvorschriften des HGB für große Kapitalgesellschaften (§ 19 EigVO), der Eigenbetriebsverordnung und deren Ausführungsbestimmungen sowie der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein aufgestellt.

Der Jahresabschluss ist nach dem Kommunalprüfungsgesetz durch einen Wirtschaftsprüfer zu prüfen. Die Zuständigkeit für die Beauftragung des Wirtschaftsprüfers liegt beim Land Schleswig-Holstein, vertreten durch den Landesrechnungshof Schleswig-Holstein (LRH). Dieser hat, handelnd im Namen und für Rechnung der Hansestadt Lübeck, die Ebner, Stolz, Mönning, Bachem GmbH & Co. KG, Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft (ESMB), Hamburg, mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2012 der Entsorgungsbetriebe Lübeck beauftragt.

Nach § 5 EigVO fasst die Bürgerschaft einen Beschluss über die Feststellung des Jahresabschlusses und die Behandlung des Jahresergebnisses. Dem Werkausschuss der EBL ist nach § 8 der Betriebssatzung der EBL der Jahresabschluss vorzulegen.

**Prüfung und Ergebnis**

Mit der Aufstellung des Jahresabschlusses 2012 wurde zeitgerecht begonnen. Die Prüfung erfolgte mit zum Teil größeren Unterbrechungen im Zeitraum von Juni bis Oktober 2013. Insbesondere mussten die Ergebnisse der zeitintensiven Nachkalkulationen der Abfall- und Entwässerungsgebühren abgewartet werden. Bei der Entwässerungsgebühr war die Umstellung der Systematik auf getrennte Schmutzwasser- und Niederschlagswassergebühren zu berücksichtigen. Die Nachkalkulation der Abfallgebühren war deshalb aufwendiger, weil die Wiedereingliederung der Sparte Stadtreinigung in die Entsorgungsbetriebe Lübeck abzubilden war. Im Ergebnis ergab sich aus den Nachkalkulationen ein signifikanter Gebührenüberschuss im Bereich Entwässerung, der zu einer Erhöhung der Rückstellung für Gebührenaussgleich geführt und u.a. das Jahresergebnis 2012 geprägt hat. Der Wirtschaftsprüfer ESMB hat einen Bericht über die Prüfung erstellt und **ein Testat zum Jahresabschluss 2012 ohne Einschränkungen erteilt.**

Der geprüfte Jahresabschluss 2012 und der Bericht über die Prüfung wurden dem Landesrechnungshof Schleswig-Holstein vorgelegt. Eine schriftliche Stellungnahme durch den Landesrechnungshof liegt noch nicht vor und wird ggf. nachgereicht.

**Jahresabschluss 2012 der EBL**

Die näheren Einzelheiten zum Jahresabschluss, einschließlich Bewertung ergeben sich aus der anliegenden Dokumentation des Jahresabschlusses 2012, bestehend aus Bilanz-, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang, Lagebericht und Bestätigungsvermerk, die die Mitglieder des Werkausschusses der Entsorgungsbetriebe Lübeck erhalten.

Vereinbarungsgemäß erhalten die Fraktionen jeweils ein Exemplar des ausführlichen „**Prüfungsberichts über Jahresabschluss und Lagebericht für das Geschäftsjahr 2012 der Entsorgungsbetriebe Lübeck**“.

Nach § 24 Abs. 2 EigVO ist der Jahresabschluss wie folgt zu beschließen: Der Jahresabschluss 2012 der Entsorgungsbetriebe Lübeck wird

mit einer Bilanzsumme zum 31.12.2012 von	EUR	458.220.678,62
mit einer Summe der Erträge von	EUR	84.989.339,20
mit einer Summe der Aufwendungen von	EUR	87.196.885,04
und einem Jahresfehlbetrag von	EUR	-2.207.545,84

festgestellt.

### **Besonderheiten des Jahresergebnisses 2012**

Die EBL weisen für das Geschäftsjahr 2012 einen Jahresfehlbetrag aus. Dieser ist im Wesentlichen durch den Gebührenüberschuss in der Sparte Entwässerung in Höhe von EUR 6,3 Mio. aus dem Zeitraum 2008 - 2012 verursacht worden. Dieser Überschuss war im Geschäftsjahr 2011 aufgrund der im Rahmen der Einführung der Niederschlagswassergebühr laufenden Kalkulationen noch nicht beziffert, so dass die aufwandswirksame Rückstellungsbildung für Gebührenaussgleich das Ergebnis des Jahres 2012 periodenfremd belastet.

Die näheren Einzelheiten zum Jahresabschluss und die Erläuterung der besonderen Umstände des Geschäftsjahres 2012 ergeben sich aus der Dokumentation des Jahresabschlusses 2012.

### **Behandlung des Jahresergebnisses**

Ebenfalls nach § 24 Abs. 2 EigVO ist eigenständig über die Behandlung des Jahresergebnisses zu beschließen. Es wird vorgeschlagen, den Jahresfehlbetrag von EUR 2.207.545,84 **auf neue Rechnung vorzutragen**.

Gemäß § 8 Abs. 6 EigVO kann ein etwaiger Jahresverlust nur dann auf neue Rechnung vorgetragen werden, wenn nach der Finanzplanung Gewinne zu erwarten sind; anderenfalls ist er aus Haushaltsmitteln der Gemeinde auszugleichen. Die Gewinne der folgenden fünf Jahre sind zunächst zur Verlusttilgung zu verwenden. Die Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2013 weist ein positives Ergebnis in Höhe von EUR 237.704 aus, welches nach heutigen Erkenntnissen auch erreicht wird. Auch nach den weiteren Prognosen zur wirtschaftlichen Entwicklung der Entsorgungsbetriebe Lübeck ist eine positive Entwicklung der EBL gegeben. Es ist somit beabsichtigt, den Verlustvortrag durch positive Ergebnisse in den Folgejahren abzutragen.

### **Anlagen:**

#### **(für den Werkausschuss): Dokumentation des Jahresabschlusses 2012**

- Bilanz
- Gewinn- und Verlustrechnung
- Anhang
- Lagebericht
- Bestätigungsvermerk

Senator/in Bernd Möller

Jahresabschluss und Lagebericht  
für das Geschäftsjahr 2012

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

**Entsorgungsbetriebe Lübeck**

**Lübeck**



Jahresabschluss und Lagebericht  
für das Geschäftsjahr 2012

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

**Entsorgungsbetriebe Lübeck**  
**Lübeck**



**Jahresabschluss, Lagebericht des Eigenbetriebs**

Bilanz zum 31. Dezember 2012	Anlage	1
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2012	Anlage	2
Anhang für das Geschäftsjahr 2012	Anlage	3
Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2012	Anlage	4
Lagebericht für das Geschäftsjahr 2012	Anlage	5

**Anlage des Abschlussprüfers**

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	Anlage	6
--	--------	---







**Gewinn- und Verlustrechnung der  
Entsorgungsbetriebe Lübeck, Lübeck,  
für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2012**

	2 0 1 2 EUR	2 0 1 1 EUR
<b>1. Umsatzerlöse</b>	<b>79.386.885,19</b>	<b>85.166.284,96</b>
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	517.391,46	414.292,14
3. Sonstige betriebliche Erträge	5.009.323,75	6.822.409,79
	<u>84.913.600,40</u>	<u>92.402.986,89</u>
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	9.450.908,68	9.738.092,09
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	9.396.506,68	9.325.128,30
	<u>18.847.415,36</u>	<u>19.063.220,39</u>
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	20.304.244,74	19.262.876,05
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	6.137.750,00	5.782.104,76
	<u>26.441.994,74</u>	<u>25.044.980,81</u>
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	17.062.959,48	16.950.225,50
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	16.277.206,24	8.384.897,59
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	75.738,80	49.010,70
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	8.419.616,63	8.928.753,96
<b>10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b><u>-2.059.853,25</u></b>	<b><u>14.079.919,34</u></b>
11. Außerordentliche Aufwendungen	48.880,20	48.880,20
12. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0,00	-139,25
13. Sonstige Steuern	98.812,39	97.261,49
<b>14. Jahresfehlbetrag (Vj. Jahresüberschuss)</b>	<b><u><u>-2.207.545,84</u></u></b>	<b><u><u>13.933.916,90</u></u></b>

**Anhang der Entsorgungsbetriebe Lübeck, Lübeck,  
für das Geschäftsjahr 2012**

**A. Allgemeine Angaben**

Bei den Entsorgungsbetrieben Lübeck (EBL) handelt es sich um eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung i.S.d. § 101 Abs. 4 GO. Die Hansestadt Lübeck (HL) kann die EBL daher ganz oder teilweise nach den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung führen.

Der Jahresabschluss wurde daher unter Beachtung der Ansatz-, Gliederungs- und Bewertungsvorschriften des HGB für große Kapitalgesellschaften, der Eigenbetriebsverordnung (EigVO) und deren Ausführungsbestimmungen sowie der Gemeindeordnung Schleswig-Holstein (GO) aufgestellt.

Ertragszuschüsse

Die Möglichkeit, die EBL teilweise nach den Vorschriften der EigVO zu führen, wurde dahingehend in Anspruch genommen, dass die Vorschrift zur Auflösung der empfangenen Ertragszuschüsse nicht angewendet wurde (§ 20 Abs. 3 EigVO). Nach § 20 Abs. 3 EigVO wären die empfangenen Ertragszuschüsse mit einem Zwanzigstel jährlich aufzulösen. Um ein Auseinanderfallen der Ertragslage zwischen HGB und KAG in diesem Punkt zu vermeiden, wurde insofern die ab 1. Januar 2005 nach dem KAG vorgenommene Auflösung der empfangenen Ertragszuschüsse auch in den handelsrechtlichen Jahresabschluss übernommen.

## B. Rechnungslegungsgrundsätze

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

Die **entgeltlich erworbenen immateriellen Vermögensgegenstände** sind zu Anschaffungskosten vermindert um planmäßige kumulierte Abschreibungen bewertet. Die Abschreibungen werden linear über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer vorgenommen.

Das **Sachanlagevermögen** ist mit den aktivierungspflichtigen Anschaffungs-/Herstellungskosten angesetzt und, soweit abnutzbar, um planmäßige Abschreibungen vermindert. Die Anschaffungs- und Herstellungskosten der Deponie wurden anhand der Verfüllung abgeschrieben.

Seit dem 1. Januar 2008 werden abnutzbare bewegliche geringwertige Anlagegüter mit Anschaffungskosten über EUR 150,00 bis EUR 1.000,00 gemäß § 6 Abs. 2 a EStG in einen Sammelposten eingestellt und linear über einen Zeitraum von fünf Jahren abgeschrieben.

**Finanzanlagen** sind zu Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren beizulegenden Wert bewertet.

Soweit der nach vorstehenden Grundsätzen ermittelte Wert von Gegenständen des **Anlagevermögens** über dem Wert liegt, der ihnen am Bilanzstichtag beizulegen ist, wird dem durch außerplanmäßige Abschreibungen Rechnung getragen. Stellt sich in einem späteren Geschäftsjahr heraus, dass die Gründe hierfür nicht mehr bestehen, so wird der Betrag dieser Abschreibungen im Umfang der Werterhöhung unter Berücksichtigung der Abschreibungen, die inzwischen vorzunehmen gewesen wären, zugeschrieben.

Die Bewertung der **Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe** erfolgt zu Anschaffungskosten einschließlich Anschaffungsnebenkosten oder niedrigeren Zeitwerten, wobei für Lager- und Verwertungsrisiken Abschläge in angemessenem Umfang vorgenommen wurden.

**Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände** werden zu Nennwerten angesetzt. Alle erkennbaren Einzelrisiken werden bei der Bewertung berücksichtigt. Für das allgemeine Kreditrisiko ist eine Pauschalwertberichtigung für Forderungen aus dem Liefer- und Leistungsverkehr mit 1,5 % gebildet.

Die **empfangenen Ertragszuschüsse** werden gemäß eines Beschlusses der Bürgerschaft aufgelöst (rd. EUR 1,6 Mio.). Hierzu verweisen wir ergänzend auf die Ausführungen unter A. Allgemeine Angaben in diesem Anhang.

Die **Rückstellungen für Gebührenaussgleich** beinhalten die Kostenüberdeckungen gemäß KAG der Vergangenheit. Basis der Bildung bzw. des Verbrauchs der Rückstellungen für Gebührenaussgleich sind die jeweiligen KAG-Nachkalkulationen zum Zeitpunkt der Bilanzaufstellung. Anpassungen in den KAG-Nachkalkulationen und damit der Rückstellungshöhe können sich zukünftig noch ergeben, soweit die KAG-Nachkalkulationen zum Zeitpunkt der Bilanzaufstellung noch nicht endgültig sind.

Die **Pensionsverpflichtungen** werden versicherungsmathematisch unter Zugrundelegung biometrischer Wahrscheinlichkeiten (Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck) nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren ermittelt. Bei der Festlegung des laufzeitkongruenten Rechnungszinssatzes wurde in Anwendung des Wahlrechts nach § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB der von der Deutschen Bundesbank ermittelte und veröffentlichte durchschnittliche Marktzinssatz der letzten sieben Jahre verwendet, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Der zum Bilanzstichtag verwendete Rechnungszinssatz beträgt 5,04 % (Vj. 5,14 %).

Zukünftig erwartete Entgelt-, Renten- und Beihilfesteigerungen werden bei der Ermittlung der Verpflichtung berücksichtigt. Dabei wird derzeit von jährlichen Anpassungen bei den Entgelten und Renten von jeweils 2,0 % sowie bei den Beihilfen von 2,5 % ausgegangen. Die Bewertung berücksichtigt keine unternehmensspezifische Fluktuationsrate.

Durch **die erstmalige Anwendung der Bestimmungen des BilMoG** (Neubewertung der Pensionsverpflichtungen) hatte sich zum 1. Januar 2010 eine Unterdotierung in Höhe von EUR 733.203,00 ergeben. In Anwendung des Übergangswahlrechts nach Art. 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB wird der Unterschiedsbetrag über eine Laufzeit von 15 Jahren verteilt. Im Geschäftsjahr 2012 erfolgte entsprechend eine Zuführung in Höhe von EUR 48.880,20, die im außerordentlichen Aufwand ausgewiesen ist. Zum 31. Dezember 2012 betragen die infolge der Übergangsregelung nicht in der Bilanz ausgewiesenen Pensionsverpflichtungen EUR 586.562,40.

Die **sonstigen Rückstellungen** berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen und sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages bewertet. Zukünftige Preis- und Kostensteigerungen werden berücksichtigt, sofern ausreichend objektive Hinweise für deren Eintritt vorliegen. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr sind mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre, der von der Deutschen Bundesbank zum Bilanzstichtag ermittelt wurde, abgezinst.

Aus der erstmaligen Anwendung der Bestimmungen des BilMoG hat sich zum 1. Januar 2010 eine Überdotierung der verfallungsabhängigen **Rückstellung für Deponienachsorge** in Höhe von EUR 12.673.033,00 ergeben. In Anwendung des Übergangswahlrechts nach Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB wird der ursprüngliche Rückstellungsbetrag beibehalten. Zum 31. Dezember 2012 beträgt der infolge der Übergangsregelung in der Bilanz ausgewiesene Betrag der Überdotierung EUR 9.018.278,09.

Die **Verbindlichkeiten** werden zum Erfüllungsbetrag bilanziert.

## **C. Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung**

### **I. Bilanz**

#### **1. Anlagevermögen**

Die gesondert dargestellte Entwicklung des Anlagevermögens ist integraler Bestandteil des Anhangs.

Die Ausbuchung von Altverbindlichkeiten (TEUR 110) führte im Berichtsjahr zu negativen Anlagenzugängen. Ferner reduzierten sich die Anschaffungskosten verschiedener Anlagegüter durch die Inanspruchnahme von Bürgschaften in Höhe von TEUR 805.

#### **2. Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber der HL**

In den Forderungen gegen die HL sind Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von rd. EUR 8,0 Mio. (Vj. rd. EUR 10,1 Mio.) enthalten.

Die Forderungen gegen die HL enthalten Forderungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr in Höhe von EUR 4,2 Mio. (Vj. EUR 4,0 Mio.).

In den Verbindlichkeiten gegenüber der HL sind Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von rd. EUR 2,8 Mio. (Vj. rd. EUR 2,2 Mio.) enthalten.

#### **3. Forderungen gegen verbundenen Unternehmen**

In den Forderungen gegen verbundene Unternehmen sind Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von TEUR 67 (Vj. TEUR 32) und Verbindlichkeiten in Höhe von TEUR 36 (Vj. TEUR 70) enthalten.

#### 4. Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen beinhalten im Wesentlichen Rückstellungen für Deponienachsorge (rd. EUR 43,6 Mio.), für Gebührenaussgleich (rd. EUR 6,3 Mio.), Abwasserabgabe (rd. EUR 2,9 Mio.), Altersteilzeit (rd. EUR 2,2 Mio.) sowie weitere Verpflichtungen aus dem Personalbereich (EUR 1,3 Mio.).

#### 5. Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten setzen sich wie folgt zusammen:

	Ins- gesamt Mio. EUR	Restlaufzeit		
		davon		
		bis 1 Jahr Mio. EUR	über 1 bis 5 Jahre Mio. EUR	über 5 Jahre Mio. EUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Vj.)	193,2 (192,0)	21,7 (17,2)	44,3 (43,2)	127,2 (131,6)
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (Vj.)	3,6 (4,5)	3,6 (4,5)	0,0 (0,0)	0,0 (0,0)
3. Verbindlichkeiten gegenüber der HL (Vj.)	3,4 (2,2)	3,4 (2,2)	0,0 (0,0)	0,0 (0,0)
4. Sonstige Verbindlichkeiten (Vj.)	0,1 (0,3)	0,1 (0,3)	0,0 (0,0)	0,0 (0,0)
	<u>200,3</u>	<u>28,8</u>	<u>44,3</u>	<u>127,2</u>
(Vj.)	(199,0)	(24,2)	(43,2)	(131,6)

In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind Zinsabgrenzungen in Höhe von rd. EUR 0,6 Mio. (Vj. EUR 0,6 Mio.) enthalten, die erst nach dem Stichtag rechtlich entstehen.

## II. Gewinn- und Verlustrechnung

### 1. Umsatzerlöse

	<u>Mio. EUR</u>	<u>%</u>
Entwässerung	44,1	55,5
Abfallwirtschaft	26,5	33,4
Straßenreinigung	5,6	7,1
Übrige	3,2	4,0
	<u>79,4</u>	<u>100,0</u>

### 2. Periodenfremde Erträge und Aufwendungen

Unter den **sonstigen betrieblichen Erträgen** sind periodenfremde Erträge in Höhe von EUR 2,1 Mio. ausgewiesen. Es handelt sich im Wesentlichen um Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (EUR 1,0 Mio.) und Einzelwertberichtigungen (EUR 0,5 Mio.), aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens (EUR 0,2 Mio.), aus der sich im Zusammenhang mit der durchgeführten Nachkalkulation im Bereich Straßenreinigung/Winterdienst ergebenden Anpassung des allgemeinen Interesses der HL und des Gebührenanteils der städtischen Grundstücke (EUR 0,2 Mio.) sowie aus der Ausbuchung von Altverbindlichkeiten (EUR 0,1 Mio.).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten **periodenfremde Aufwendungen** in Höhe von EUR 7,6 Mio. Es handelt sich hauptsächlich um Aufwendungen aus der Bildung der Rückstellungen für Gebührenaussgleich für die Jahre 2008-2011 (EUR 6,3 Mio.), um Umsatzsteuerkorrekturen für Vorjahre (EUR 0,9 Mio.) und um Korrekturen der Endabrechnungen mit der Stadtwerke Lübeck GmbH im Bereich Entwässerung (EUR 0,3 Mio.).

### 3. Aufwendungen für Altersversorgung

In der Position „Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung“ sind Aufwendungen für Altersversorgung in Höhe von EUR 295.906,51 (Vj. EUR 150.406,24) enthalten.

#### **4. Verbundene Unternehmen**

Die **sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträge** betreffen mit EUR 0,00 (Vj. EUR 2.018,49) und die **Zinsen und ähnlichen Aufwendungen** betreffen mit EUR 37.506,22 (Vj. EUR 379.405,31) verbundene Unternehmen.

#### **5. Auf- und Abzinsung von Rückstellungen**

Die Zinsen und ähnliche Aufwendungen betreffen in Höhe von EUR 259.471,00 (Vj. EUR 255.804,00) Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen.

#### **6. Außerordentliche Aufwendungen**

Hierin sind Aufwendungen in Höhe von EUR 48.880,20 (Vj. EUR 48.880,020) aus BilMoG-Folgeeffekten bei den Pensionsverpflichtungen enthalten.

**D. Sonstige Angaben****1. Beteiligungsverhältnisse**

Dem Sondervermögen Entsorgungsbetriebe Lübeck sind zum Bilanzstichtag sämtliche Anteile an der Entsorgungszentrum Lübeck GmbH, Lübeck, wirtschaftlich zugeordnet. Gesellschaftsrechtlich wird die Beteiligung von der Hansestadt Lübeck gehalten. Das Eigenkapital der Gesellschaft betrug zum 31. Dezember 2011 insgesamt TEUR 556. Die Gesellschaft erzielte im Geschäftsjahr 2011 ein Jahresergebnis von TEUR 241.

**2. Personal**

Die durchschnittliche Zahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Arbeitnehmer (ohne Werkleitung und Auszubildende) beträgt:

	Anzahl 2012	Anzahl 2011
Beschäftigte	521	502
Beamte	15	16
	<u>536</u>	<u>518</u>

**3. Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen**

Haftungsverhältnisse bestehen nicht.

Es bestehen **sonstige finanzielle Verpflichtungen** aus dem Erwerb der Malmöstraße 22 zum 1. Januar 2013 (EUR 9,6 Mio.), Verpflichtungen aus Miet- und Leasingverträgen in Höhe von rd. EUR 0,1 Mio. und aus übrigen Sachanlageinvestitionen in Höhe von rd. EUR 11,4 Mio.

#### 4. Honorar für Leistungen des Abschlussprüfers

Im Geschäftsjahr 2012 betrug das Honorar für Abschlussprüfungsleistungen TEUR 35, für sonstige Bestätigungsleistungen TEUR 6 sowie für Beratungsleistungen TEUR 49.

#### 5. Organe der Gesellschaft

##### - Direktion

Herr Dr. Jan-Dirk Verwey, Diplom Ingenieur, Lübeck

##### - stimmberechtigte Mitglieder des Werkausschusses 2012

Vorsitzender:		Hinrichs, Rüdiger
Stellvertretender Vorsitzender:		Freitag, Dirk
SPD	Abler, Henri Quirder, Harald Scheel, Barbara Wiese, Thomas Krause, Volker Stolz, Wolfgang	Diplom Betriebswirt Eisenbahner Krankenschwester Industriekaufmann Hafenarbeiter Assessor
CDU	Hinrichs, Rüdiger Freitag, Dirk Kanuschin, Soja Büttner, Günter Petersen, Tim	Versicherungskaufmann Unternehmer Verwaltungsleiterin Diplom Ingenieur k. A.
Linke	Martens, Hans-Jürgen	Groß- und Außenhandelskaufmann
BfL	Scholz, Günter	Unternehmensberater
Bündnis 90/Die Grünen	Wosnitza, Günter Koß, Dr. Volker	Fernmeldetechniker Umwelttechniker
FDP	Blunk, Dr. Michaela	k. A.

**Vertreter**

SPD	Pluschkell, Ulrich Rewohl, Dirk Kreft, Enrico Lange, Klaus Vogten, Matthias Burmester, Gerhard	Bahnbeamter Diplom Sozialpädagoge Angestellter k. A. Vertriebsleiter Immobilien Beamter i. R.
CDU	Lötsch, Christopher Sawalich, Manfred Öhlckers, Jens Runge, Peter Bohlmann, Hubertus Wind-Olßen, Ursula	Architekt Beamter i. R. Kaufmann k. A. k. A. k. A.
Linke	Malbranc, Klaus-Jürgen Reiß, Oliver	k. A. Müllwerker
BfL	Wegner, Olaf Ulrich, Lars	Rechtsanwalt Diplom Volkswirt
Bündnis 90/Die Grünen	Mentz, Katja Bittner, Eyke Alexander Kusch, Manuela Erdmann, Eckhard	Fremdsprachenkorrespondentin k. A. k. A. k. A.
FDP	Gatzke, Horst Goldschmidt, Nico Rathke, Thomas	k. A. k. A. Vertriebsingenieur

Die Mitglieder des Werkausschusses erhielten in 2012 Sitzungsgelder in Höhe von insgesamt EUR 1.725,00.

Lübeck, im Oktober 2013

Entsorgungsbetriebe Lübeck

.....  
Werkleitung

**Entwicklung des Anlagevermögens der  
Entsorgungsbetriebe Lübeck, Lübeck,  
im Geschäftsjahr 2012**

**Anschaffungs-/Herstellungskosten**

	Anfangs- bestand EUR	Zugang EUR	Abgang EUR	Umbuchungen EUR	End- bestand EUR
<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>					
Entgeltlich erworbene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	1.892.444,57	272.115,54	0,00	104.819,42	2.269.379,53
<b>II. Sachanlagen</b>					
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts- und anderen Bauten	78.910.491,79	231.224,50	0,00	752.514,61	79.894.230,90
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten	414.862,24	0,00	0,00	0,00	414.862,24
3. Bauten auf fremden Grundstücken die nicht zu der Nummer 1 oder 2 gehören	2.875.921,23	1.200.723,68	0,00	420.790,05	4.497.434,96
4. Abfall-/Abwasserbehandlungs-/beseitigungsanlagen	126.700.878,84	-224.871,64	47.169,37	1.684.270,71	128.113.108,54
5. Abwassersammelungs-/transport-/lagerungsanlagen	364.886.447,17	4.525.272,52	186.428,87	5.197.948,39	374.423.239,21
6. Maschinen und maschinelle Anlagen, die nicht zu der Nummer 4 oder 5 gehören	935.501,28	0,00	0,00	0,00	935.501,28
7. Betriebs- und Geschäftsausstattung	27.583.603,35	1.492.235,61	911.824,30	32.584,07	28.196.598,73
8. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	14.833.202,80	15.353.459,84	138.569,99	-8.192.927,25	21.855.165,40
	<u>617.140.908,70</u>	<u>22.578.044,51</u>	<u>1.283.992,53</u>	<u>-104.819,42</u>	<u>638.330.141,26</u>
<b>III. Finanzanlagen</b>					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	201.500,00	0,00	0,00	0,00	201.500,00
2. Beteiligungen	5.050,00	0,00	0,00	0,00	5.050,00
3. Genossenschaftsanteile	250,00	0,00	0,00	0,00	250,00
	<u>206.800,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>206.800,00</u>
	<u>619.240.153,27</u>	<u>22.850.160,05</u>	<u>1.283.992,53</u>	<u>0,00</u>	<u>640.806.320,79</u>

Kumulierte Abschreibungen			Buchwerte			Kennzahlen	
Anfangsbestand EUR	Zugang, d.h. Abschreibungen im Wirtschaftsjahr EUR	Abgang, d.h. angesammelte Abschreibungen auf die ausge- wiesenen Abgänge EUR	End- bestand EUR	Restbuchwerte am Ende des Wirtschaftsjahres EUR	Restbuchwerte am Ende des vorangegangenen Wirtschaftsjahres EUR	Durchschnitt- licher Abschrei- bungssatz v.H.	Durch- schnittlicher Restbuchwert v. H.
1.200.503,60	319.690,70	0,00	1.520.194,30	749.185,23	691.940,97	14,09	33,01
24.067.631,17	2.559.642,00	0,00	26.627.273,17	53.266.957,73	54.842.860,62	3,20	66,67
52.257,74	3.731,00	0,00	55.988,74	358.873,50	362.604,50	0,90	86,50
708.568,31	129.864,00	0,00	838.432,31	3.659.002,65	2.167.352,92	2,89	81,36
55.850.755,77	5.105.122,95	24.244,18	60.931.634,54	67.181.474,00	70.850.123,07	3,98	52,44
88.205.201,33	6.503.259,65	51.849,47	94.656.611,51	279.766.627,70	276.681.245,84	1,74	74,72
357.262,65	42.604,00	0,00	399.866,65	535.634,63	578.238,63	4,55	57,26
17.907.696,84	2.399.045,18	870.797,43	19.435.944,59	8.760.654,14	9.675.906,51	8,51	31,07
0,00	0,00	0,00	0,00	21.855.165,40	14.833.202,80	0,00	100,00
187.149.373,81	16.743.268,78	946.891,08	202.945.751,51	435.384.389,75	429.991.534,89	2,62	68,21
0,00	0,00	0,00	0,00	201.500,00	201.500,00	0,00	100,00
0,00	0,00	0,00	0,00	5.050,00	5.050,00	0,00	100,00
0,00	0,00	0,00	0,00	250,00	250,00	0,00	100,00
0,00	0,00	0,00	0,00	206.800,00	206.800,00		
188.349.877,41	17.062.959,48	946.891,08	204.465.945,81	436.340.374,98	430.890.275,86	2,66	68,09

# Lagebericht

für das Geschäftsjahr 2012

Entsorgungsbetriebe Lübeck

## **1. Geschäfts- und Rahmenbedingungen**

Die Entsorgungsbetriebe Lübeck (EBL) sind als öffentlich-rechtlicher Aufgabenträger für die Abwasser- und Abfallentsorgung, die Straßenreinigung sowie den Winterdienst im Stadtgebiet der Hansestadt Lübeck zuständig.

Nach umfangreichen Vorarbeiten ist am 5. September 2012 eine neue Betriebssatzung der EBL in Kraft getreten. Damit wurden die beiden Sparten Stadtentwässerung und Stadtreinigung in der Organisation verankert. In der Werkleitung wurden die technische und die kaufmännische Funktion zusammengelegt und damit den Verhältnissen seit 2010 angeglichen. Das Unternehmen wird nur noch durch einen Direktor geführt.

Die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Sparte Stadtreinigung haben sich durch das zum 1. Juni 2012 nach langem Ringen in Kraft getretene neue Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) verändert. Mit der neuen fünfstufigen Abfallhierarchie erhält die Verwertung von Abfällen eine weitere Aufwertung. Unmittelbare Auswirkungen ergeben sich insbesondere aus den Regelungen zu gewerblichen Sammlungen. Einzelne Aspekte aus dem neuen KrWG wurden bereits bei der Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzepts der Hansestadt Lübeck für den Zeitraum 2012 bis 2016 berücksichtigt.

Die weiterhin als dynamisch zu bezeichnenden Veränderungen in der deutschen Energiewirtschaft hatten auch 2012 Auswirkungen auf die EBL. Auf der betrieblichen Seite wurde zum Jahresende ein Masterplan zur Optimierung der Erzeugung und Nutzung erneuerbarer Energien bei den EBL zum Abschluss gebracht. Erstmals haben die EBL im Jahr 2012 für das Vorjahr eine CO<sub>2</sub>-Bilanz erstellt und veröffentlicht, um die große Klimarelevanz ihrer Aktivitäten darzustellen und zu beziffern. Um die Maßnahmen der EBL zum Klima- und Umweltschutz weiter zu verstärken und um durch die Vernetzung mit gleichgesinnten Unternehmen und Einrichtungen mehr Schlagkraft zu erzielen, sind die EBL dem Bündnis ‚Klima pro Lübeck‘ beigetreten.

Für die Einführung der getrennten Entwässerungsgebühr (Niederschlags- und Schmutzwassergebühr) wurden im Jahr 2012 in einem aufwendigen Verfahren unter aktiver Beteiligung der betroffenen Grundstückseigentümer die an die Kanalisation angeschlossenen Flächen ermittelt, so dass eine solide Grundlage für die Kalkulation der neuen Gebührensätze geschaffen werden konnte.

Im März 2012 waren auch die EBL kurzzeitig von Arbeitsk Kampfmaßnahmen betroffen. Im Ergebnis wurde zwischen den Tarifvertragsparteien eine merkliche Erhöhung in drei Stufen von in Summe rund 6,4 % für den Zeitraum 1. März 2012 bis zum 28. Februar 2014 vereinbart. Im Rahmen des Betrieblichen Gesundheitsmanagements wurden 2012 wesentliche Maßnahmen umgesetzt. In Zusammenarbeit mit der Belegschaft wurde eine neue Arbeitsschutzausrüstung beschafft. Eine regelmäßige Mitarbeiterzeitschrift wurde ins Leben gerufen und Führungsleitlinien erarbeitet.

Im Berichtsjahr wurden die zwei bei den EBL historisch gewachsenen Integrierten Managementsysteme (jeweils Qualitäts- und Umweltmanagement) zusammengeführt und auf die letzten noch fehlenden betrieblichen Bereiche erweitert. Im Rahmen einer Re-Zertifizierung im November 2012 erhielten die EBL erstmalig ein Gesamtzertifikat für das ganze Unternehmen, ein weiterer Schritt zur Integration der 2010 zusammengeführten zwei Gesellschaften.

## **2. Ertragslage**

Nach einem Jahresfehlbetrag von rd. TEUR 6.853 in 2010, einem Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 13.934 in 2011, der überwiegend durch den periodenfremden Ertrag aus der Neuberechnung der Straßenbaulastträgerpauschale für die Jahre ab 2008 bis 2010 in Höhe von TEUR 7.330 erzielt wurde, weisen die EBL in 2012 einen Verlust aus. Mit einem Jahresfehlbetrag von TEUR 2.208 wurde der Planwert von TEUR 1.032 verfehlt. Wesentliche Ursache sind die KAG-Kostenüberdeckungen in der Sparte Entwässerung in Höhe von TEUR 6.313 aus dem Zeitraum 2008-2012, die durch Nachkalkulation festgestellt und in die Rückstellungen für Gebührenaussgleich eingestellt wurden. Diese KAG-Nachkalkulationen war im Geschäftsjahr 2011 noch nicht abgeschlossen, so dass sie nun das Ergebnis des Jahres 2012 voll belasten.

Die nachfolgende Übersicht zeigt die handelsrechtlichen Spartenergebnisse 2012 im Vergleich zum Vorjahr in TEUR:

	Plan 2012	Ist 2012	Ist 2011	Ist- Abweichung
Entwässerung	2.790	1.058	11.959	-10.901
Abfallwirtschaft	271	-1.108	3.047	-4.155
Straßenreinigung	-1.483	-1.431	-596	-835
Übrige	-546	-727	-476	-251
	1.032	-2.208	13.934	-16.142

In der Sparte Entwässerung liegt das Ergebnis um TEUR 10.901 unter dem Vorjahr. Ursache hierfür sind die periodenfremden Mehrerlöse in 2011 aus der Straßenbaulastträgerpauschale in Höhe von TEUR 7.330 und die im Geschäftsjahr 2012 zu bildenden Rückstellungen für Gebührenaussgleich aus der KAG-Nachkalkulation der Jahre 2008-2012 in Höhe von TEUR 6.313. Bereinigt um diese dargestellten Effekte ist das Ergebnis um TEUR 2.741 höher als in 2011. Ursächlich hierfür sind vor allem Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen und Mehreinnahmen aus der Straßenbaulastträgerpauschale. Dem stehen höhere Kosten aus Umlagen der allgemeinen Verwaltung entgegen. Das Wirtschaftsjahr 2012 brachte für die Sparte Entwässerung mit einem abgerechneten Volumen von rd. 13,0 Mio. m<sup>3</sup> (Vorjahr 13,2 Mio. m<sup>3</sup>) konstante Gebühreneinnahmen. Insgesamt ist die Ertragssituation im Entwässerungsbereich weiterhin stabil. Im Vergleich zum Planansatz konnte das Ergebnis unter Berücksichtigung der oben dargestellten Effekte und einer konservativen Planung um TEUR 4.580 übertroffen werden.

Der Bereich Abfallwirtschaft hat gegenüber dem Vorjahr einen Ergebnismrückgang in Höhe von TEUR 4.155 zu verkraften. Dieser muss jedoch um den positiven Sondereffekt des Vorjahres aus der Auflösung der Deponierückstellung in Höhe von TEUR 3.226 bereinigt werden, sodass der bereinigte Ergebnismrückgang in 2012 TEUR 929 beträgt. Die bereinigte

Abweichung resultiert im Wesentlichen aus gestiegenen Kosten aus Umlagen der allgemeinen Verwaltung und periodenfremden Aufwendungen aus Umsatzsteuerkorrekturen u. a. bezogen auf den Eigenverbrauch der MBA für die Jahre 2010 und 2011.

Der Behälterbestand in der Abfallwirtschaft ist mit einem minimalen Zuwachs von ca. 0,4 % bei insgesamt gleichem Volumen sehr stabil.

Das Ergebnis der Straßenreinigung ist wie in den Vorjahren durch den Verlauf des Winters geprägt. Das Gebührenaufkommen für den Bereich Straßenreinigung lag in 2012 auf Vorjahresniveau. Der relativ harte Winter Anfang 2012 hat zu deutlich gestiegenen Kosten geführt. Der Planansatz für das Jahresergebnis der Sparte von TEUR -1.483 wurde mit TEUR -1.431 nahezu erreicht.

Nachdem in 2011 auf Basis von Sanierungsmaßnahmen die Werkstatt mit einem Ergebnis von TEUR -525 die geplanten Verluste für 2011 in Höhe von 1.184 TEUR mehr als halbieren konnte, stagniert die Werkstatt in 2012 auf dem Niveau 2011. Die Betriebserträge konnten gegenüber dem Vorjahr zwar um ca. 13% auf TEUR 5.179 gesteigert werden. Das Betriebsergebnis liegt jedoch mit TEUR -570 ca. 45 TEUR unter dem des Vorjahres. Bereinigt um die internen Umlagen konnte mit TEUR 369 ein positives Betriebsergebnis erzielt werden, das geringfügig unter dem Vorjahr von TEUR 385 liegt.

Die Gründe für die Stagnation der Ergebnisentwicklung in der Werkstatt liegen u. a. in der Steigerung der Personalkosten aufgrund des vorgenommenen Personalaufbaus in diesem Bereich.

Gemeinsam mit der Werkstatt wird das Ergebnis der Bedürfnisanstalten in der obigen Übersicht über die handelsrechtlichen Einzelergebnisse innerhalb der Position Übrige ausgewiesen. Die Aufwendungen für den Betrieb der öffentlichen Bedürfnisanstalten liegen mit TEUR 341 um TEUR 8 über dem Planansatz in Höhe von TEUR 333. Damit konnten die Kosten auf Vorjahresniveau gehalten werden.

### 3. Finanzlage

Die unverändert hohe Investitionstätigkeit hat unter Berücksichtigung von Einzahlungen von rd. EUR 10,0 Mio. hauptsächlich aus vereinnahmten bzw. verrechneten Ertrags- und Investitionszuschüssen, zu einem Mittelabfluss von rd. EUR 12,9 Mio. (Vorjahr EUR 18,2 Mio.) geführt und konnte durch die Mittelzuflüsse aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von rd. 15,9 Mio. (Vorjahr rd. EUR 19,9 Mio.) und einem Mittelzufluss aus der Finanzierungstätigkeit von EUR 1,1 Mio. (Vorjahr: EUR -3,9 Mio.) aus der Aufnahme (EUR 13,0 Mio.) und der Rückzahlung von Darlehen von EUR 11,9 Mio. mehr als gedeckt werden. Die liquiden Mittel haben sich um rd. EUR 4,1 Mio. erhöht.

Das Investitionsvolumen lag mit rd. EUR 22,9 Mio. (Vorjahr rd. EUR 19,9 Mio.) um EUR 3,0 Mio. über dem Vorjahresniveau. Der Schwerpunkt der Investitionen lag wie im Vorjahr in der Stadtentwässerung und dort in der Nach- und Neuerschließung von Gebieten und dem Erhalt des Kanalnetzes. In der Stadtentwässerung wurden insgesamt EUR 20,7 Mio. investiert.

Die von der Kommunalaufsicht für Investitionsmaßnahmen genehmigte Kreditaufnahmeermächtigung lag bei EUR 19,4 Mio. Die Nettokreditaufnahme lag bei EUR 1,1 Mio.

#### **4. Vermögenslage**

Das Eigenkapital der Entsorgungsbetriebe Lübeck beträgt zum 31. Dezember 2012 EUR 119,4 Mio. (Vorjahr EUR 121,5 Mio.).

Die Eigenkapitalquote erreicht (unter Berücksichtigung der Absetzung der empfangenen Ertragszuschüsse vom Anlagevermögen) 31,2 % (Vorjahr 31,7 %) und verringerte sich, unter Berücksichtigung einer um EUR 0,1 Mio. gestiegenen Bilanzsumme, im Vergleich zum Vorjahr um 0,5 %-Punkte. Ursächlich für die Verringerung der Eigenkapitalquote ist der Jahresfehlbetrag in Höhe von EUR 2,2 Mio.

Den langfristig gebundenen Vermögenswerten stehen langfristige Passivmittel in nahezu gleicher Höhe gegenüber.

#### **5. Nachtragsbericht**

Im März 2013 wurde durch die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck eine neue Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung beschlossen. Die Satzung mit den neuen getrennten Gebührensätzen für Schmutzwasser und für Niederschlagswasser gilt ab dem 1. April 2013. Erwartungsgemäß kommt es dabei für die Grundstückseigentümer mit großen versiegelten Flächen bzw. großen Dachflächen und relativ geringen Wasserverbräuchen zu Mehrbelastungen. Für den Großteil der Eigentümer aber, insbesondere im Bereich der Mehrfamilienhäuser, kommt es zu Entlastungen bzw. zu kostenneutralen Auswirkungen. Ein neues Verwaltungsverfahren zum Erstellen und Verwalten der Gebührenbescheide wurde entwickelt und ist in der Einführung. Aufgrund der großen Anzahl an zu betreuenden Fällen wird die Erhebung der neuen Gebühren voraussichtlich erst zum Jahresende abgeschlossen sein.

Nach der Neukalkulation der Entwässerungsgebühren befindet sich eine neue Gebührensatzung zur Abfallwirtschaftssatzung in der Vorbereitung. Als besonders aufwendig hat sich dabei die Nachkalkulation für die Zeiträume erwiesen, in denen die operativen Aufgaben der Abfallwirtschaft in eine Tochtergesellschaft ausgelagert waren. Die bislang

vorliegenden Ergebnisse der Nachkalkulation der Abfallgebühren lassen eine Gebührenerhöhung erwarten.

Die Gebührensatzung zur Straßenreinigungssatzung wird nach dem Abschluss der Abfallgebühren in das Verfahren gehen. Nach dem jetzigen Kenntnisstand ist ebenfalls mit einer Gebührenerhöhung zu rechnen.

Das erste Quartal des Jahres 2013 war durch viele einzelne Winterereignisse und einen ungewöhnlich starken Wintereinbruch von Mitte März bis Anfang April geprägt. Dies führte zu erhöhten Winterdienstkosten.

Am 1. Januar 2013 haben die EBL durch die Aufhebung eines Erbbaurechtsvertrags ihr bisher angemietetes Betriebsgrundstück und die entsprechenden Betriebsgebäude in der Malmöstraße von der KWL GmbH und der Hansestadt Lübeck erworben. Die Grundlagen dazu wurden bereits im Jahr 2008 vereinbart.

Auch die Organisation der EBL wurde im ersten Quartal weiterentwickelt. Zum 1. Januar 2013 wurde die ehemalige Abteilung „Grundstücksentwässerung“ in die neue Abteilung „Planung/Neubau“ integriert, um dort die Kräfte zu bündeln. Einzelne Funktionen wurden in die Sparte Stadtentwässerung verlagert. Grundlegend neu aufgestellt wurde die Abteilung „Personal und Allgemeine Organisation“, die aus der Abteilung „Zentrale Dienste“ hervorgegangen ist. Mit dieser Neuorganisation soll ein klarer Fokus auf die zukünftigen Herausforderungen der Personalarbeit gelegt werden (Personalentwicklung, Betriebliches Gesundheitsmanagement, demographischer Wandel, Führungskräfteentwicklung, etc.).

## **6. Risikobericht**

Aus heutiger Sicht ist keine Risikoentwicklung erkennbar, die den Fortbestand der EBL gefährden könnte.

Im langjährigen Rechtsstreit zwischen der Hansestadt Lübeck und N2 Umwelttechnik GmbH i. L. (N2) wurde Mitte 2012 erfolgreich eine außergerichtliche Lösung mit den Bürgern erzielt. Der durch N2 im Juli gestellte Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen der Gesellschaft wurde durch das Amtsgericht Neumünster dagegen mangels Masse abgewiesen. Diese Entwicklung machte es erforderlich, die Klage zurück zu nehmen. Damit ist die Auseinandersetzung bezüglich der Baumängel bei der Errichtung der MBA beendet.

Die nach Inbetriebnahme der Filtration im Zentralklärwerk im April 2008 aufgetretenen und zwischenzeitlich beseitigten Korrosionsschäden waren ebenfalls Gegenstand einer gerichtlichen Auseinandersetzung und konnten für die EBL erfolgreich geklärt werden. Die zunächst von der Haftpflichtversicherung der bauausführenden Firma übernommenen Mehrkosten müssen durch die EBL nicht erstattet werden. Die im Vorjahr dafür gebildete Rückstellung in Höhe von TEUR 1.060 wurde dementsprechend aufgelöst.

Über die Verantwortung für einen weiteren Schaden an der Filtration, der während der Betriebsphase aufgetreten ist, konnte noch keine Einigung erzielt werden. Das selbständige Beweisverfahren ist noch nicht abgeschlossen.

Seit Mitte Juni 2013 werden die neuen Bescheide zur Niederschlagswassergebühr versandt. Erfahrungsgemäß führt solch ein grundlegender Systemwechsel zu einer vielfachen Prüfung der Bescheide und der Rechtsgrundlagen durch die betroffenen Gebührensschuldner. Aus der Anzahl und dem Inhalt der bis Anfang Juli erfolgten Widersprüche ist daraus kein substanzielles Risiko für die Erhebung der Gebühren zu erkennen. Zurzeit sind aber noch nicht alle Bescheide erstellt. Mit der Niederschlagswassergebühr erheben die EBL erstmalig Gebühren in größerem Umfang und in einem automatisierten Verfahren direkt bei den Gebührenschuldnern. Die Einführung solcher Verwaltungsprozesse ist in der Anfangsphase naturgemäß mit organisatorischen Risiken verbunden. Aus gegenwärtiger Sicht ist mit einem stabilen Gebührenerhebungsprozess bis zum Jahresende zu rechnen.

## 7. Prognosebericht

Der in der Sitzung der Bürgerschaft am 28. Februar 2013 beschlossene Wirtschaftsplan für das Jahr 2013 weist ein positives Ergebnis in Höhe von TEUR 238 aus. Nach dem bisherigen Verlauf ist zu erwarten, dass das endgültige Jahresergebnis mindestens in diesem Bereich liegen wird. Die bereits bekannten Mehraufwendungen, beispielweise für den Winterdienst, sollen durch gegenläufige Maßnahmen ausgeglichen werden.

Lübeck, 8. Oktober 2013

Entsorgungsbetriebe Lübeck

---

Dr. Jan-Dirk Verwey

Direktor

### **Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers**

Zu dem als Anlagen 1 bis 4 beigefügten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2012 sowie zum Lagebericht für das Geschäftsjahr 2012 (Anlage 5) haben wir folgenden Bestätigungsvermerk erteilt, der hier wiedergegeben wird:

„Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der **Entsorgungsbetriebe Lübeck, Lübeck**, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2012 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften, der Eigenbetriebsverordnung und deren Ausführungsbestimmungen sowie der Gemeindeordnung Schleswig-Holstein liegen in der Verantwortung der Werkleitung des Eigenbetriebs. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht des Eigenbetriebs abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB und landesrechtlichen Vorschriften unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Eigenbetriebs sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der Werkleitung sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebs. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebs und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse geben zu wesentlichen Beanstandungen keinen Anlass.“

Hamburg, 9. Oktober 2013

Ebner Stolz GmbH & Co. KG

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft

Hartmut Schmidt  
Wirtschaftsprüfer

ppa. Jens Engel  
Wirtschaftsprüfer